

"Euratom und Europa" in Combat (25. Januar 1956)

Legende: Am 25. Januar 1956 veröffentlicht die französische Tageszeitung Combat den anonymen Beitrag einer hoch gestellten Persönlichkeit, die die Gefahren Euratoms darstellt und die Risiken, die Europa eingeht, wenn es mitten im Kalten Krieg auf die militärische Nutzung des Atoms verzichtet.

Quelle: Combat. 25.01.1956. [s.l.]. "L'Euratom et l'Europe".

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/euratom_und_europa_in_combat_25_januar_1956-de-5cca9d13-2410-4666-832c-7a78d66771f9.html



Publication date: 06/07/2016

Euratom und Europa

Es war zweifellos eine interessante Möglichkeit für Europa, eine Atomgemeinschaft zu gründen und die Entwicklung dieser neuen Energieform zu fördern. Es ist jedoch eine Eigenart der „Europäer“, alle sich Europa bietenden Möglichkeiten aufs Spiel zu setzen. Das Beispiel der EVG hat ihnen nicht gereicht. Sie haben die fixe Idee, die Interessen Frankreichs supranationalen Organisationen zu opfern, in denen Deutschland allein aufgrund seiner Größe den überwiegenden Stimmenanteil hätte. Während die Bundesrepublik durch Einschränkungen gebunden ist, haben unsere „Europäer“ nichts Eiligeres zu tun, als uns unserer eigenen Freiheiten zu entledigen. Die Risiken Euratoms, dessen Struktur in mehreren Varianten diskutiert wird, werden durch eine hoch gestellte Persönlichkeit hervorgehoben, die aufgrund ihres Amtes und der damit verbundenen Verantwortung gezwungen ist, mit XXX zu unterzeichnen.

Das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa hat einen Text über die Schaffung einer europäischen Atomenergieorganisation verabschiedet, der unverzüglich den sechs betroffenen Parlamenten vorgelegt werden soll.

Diesem Dokument zufolge würden sich die europäischen Staaten verpflichten, auf jegliche Herstellung von Atomwaffen zu verzichten und die Einrichtung eines Kontrollorgans zu akzeptieren, das für sie verbindlich sein würde.

Diese Forderung erscheint auf den ersten Blick überraschend. Bisher hat einzig Deutschland eine Verzichtserklärung dieser Art unterzeichnet; traditionell friedliche Länder wie die Schweiz und Schweden haben in keiner Weise den Wunsch geäußert, diesem Beispiel zu folgen.

Gibt es wirklich Anlass zu der Hoffnung, dass die ganze Welt den Weg dieser sechs Länder Westeuropas beschreiten wird, falls diese ihn einschlagen sollten? Gewiss nicht, zumindest so lange nicht, wie die sowjetische Regierung ihre ewig ablehnende Haltung einer internationalen Kontrolle der Aufrüstung und der bewaffneten Kräfte gegenüber beibehalten wird; die Einwilligung in solch eine Kontrolle sollte jedoch der obligatorische Ausgangspunkt eines jeden ernsthaften Abrüstungsprogramms sein.

Eden hat sehr deutlich gezeigt, wie wenig seine Regierung an einen Sinneswandel der Russen bezüglich dieses Punktes glaubt, indem er am selben Tag, an dem die Erklärung des Monnet-Ausschusses abgegeben wurde, verkündete, dass Großbritannien die Wasserstoffbombe herstellen wolle.

Für Europa ist der Verzicht auf die Atomwaffe nur haltbar, wenn von vornherein einer der beiden folgenden Hypothesen zugestimmt wird:

- Die erste legt nahe, dass die Sowjetunion von nun an ausreichend vom Geist von Genf durchdrungen sein müsste, damit man ihre friedliche Haltung und ihre Abkehr von jeglicher Politik der Gewalt als garantiert ansehen kann.
- Die zweite basiert auf der Forderung, dass der Atomschutz, den Amerika Westeuropa gewährt, gleichzeitig wünschenswert und dauerhaft ist.

Da bisher keine der Regierungen und Parlamente, die aufgefordert wurden, dieser Erklärung zuzustimmen und deren Beschlüsse anzuwenden, die geringste Absicht geäußert hat, die im Rahmen der NATO getroffene Entscheidung rückgängig zu machen, die die Legitimität und die Notwendigkeit der Anwendung von Atomwaffen für ihre gemeinsame Verteidigung anerkennt, ist anzunehmen, dass nur die zweite Hypothese als gültig angesehen werden kann.

Bleibt also die Frage, ob die Lösung, die für Europa darin bestehen würde, seine Verteidigung auf das amerikanische Atomwaffenarsenal zu begründen, wünschenswert und von Dauer wäre.

Was den ersten Punkt angeht, ist festzuhalten, dass dieser Schutz nicht ohne Gegenleistung gewährt wird

und dass Europa in diesem Fall weiterhin nur begrenzt unabhängig und zudem gezwungen wäre, sich in allen großen internationalen Fragen wohl oder übel der amerikanischen Sicht anzuschließen.

Solche Bindungen mögen bisher leicht zu ertragen gewesen sein; wäre es jedoch das gleiche im Fall einer allgemeinen Wirtschaftskrise und wenn sich wechselseitig bedingende nationale oder kontinentale Egoismen erwachen würden? Falls man dies bejaht, würde man sich wahrscheinlich bitteren Enttäuschungen aussetzen.

Was den zweiten, noch entscheidenderen Punkt angeht, so erscheint es unerlässlich, die Auswirkungen zu prüfen, die eine täglich deutlichere Schwächung der Überlegenheit der Amerikaner im Bereich der Atomwaffen und Transportflugzeuge bringen könnte, insbesondere was das Aufkommen des Tandems „Wasserstoffbombe-Interkontinentalraketen“ in Russland sowie in den Vereinigten Staaten in relativ kurzer Zeit angeht.

Die eigentliche Ursache der relativen Leichtigkeit, mit der die amerikanischen Regierungen in der jüngsten Vergangenheit Westeuropa ihrer atomaren Unterstützung im Fall eines sowjetischen Angriffs versicherten, und die Standhaftigkeit, die sie während der Berlin-Krise 1947 an den Tag legten, ist sehr wahrscheinlich auf die Überzeugung zurückzuführen, dass ihr eigenes Land aufgrund seiner geographischen Lage und des bis dahin ungleichen Entwicklungsstands auf technischem Gebiet so gut wie unverwundbar sei.

Wird ihre Hingabe an die europäische Sache im Fall eines Wiederaufflammens der Spannungen auf der Weltbühne weiterhin genauso unerschütterlich sein? Auch an jenem bereits nahenden Tag, an dem ein eventueller Konflikt für die amerikanischen Bürger von Anfang an unausweichlich mit einem Atombombenangriff einhergehen und ihre bisher friedliche Zurückgezogenheit so zutiefst erschüttert würde? Zweifel daran sind erlaubt, und es ist nicht ausgeschlossen, dass die amerikanische Führung es unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Zukunft nicht schaffen wird, auch nur innerhalb der Grenzen ihres nationalen Territoriums die totale Sicherheit zu garantieren.

Der Schritt von der peripheren Strategie, von der sich die europäischen Regierungen jedes Mal bedroht sehen, wenn ihre Verteidigungsbemühungen nachzulassen scheinen, bis hin zum einfachen Fallenlassen Europas, ist nur sehr klein und leicht gemacht.

In solch einem Fall, und angenommen, die europäischen Staaten folgten Monnet auf dem Weg, den er vorgibt, wozu hätten dann die Armeen, die sie unter großem Aufwand vorbereitet haben, gedient? Zu nichts.

Seit zehn Jahren ist es nicht die Handvoll westlicher Divisionen, die den fünf- bis zehnmals so starken Sowjet-Truppen gegenüber in diesem Teil der Welt das Gleichgewicht gehalten hat, sondern die Atombombe und der klare Wille der Amerikaner, sie im Falle eines vorsätzlichen Angriffs einzusetzen.

Die konventionellen Streitkräfte bleiben weiterhin unerlässlich, um einmal den eventuellen Angreifer daran zu hindern, nach und nach Vorteile zu sammeln. Außerdem soll er so gezwungen werden, durch den Umfang seiner Bemühungen das Ausmaß seiner Pläne offen zu legen. Dann wäre ein atomarer Rückschlag legitim, gerechtfertigt und durchführbar. Ohne atomare Absicherung aber, und einem Gegner gegenüber, der über diese verfügt, haben diese Streitkräfte keine Daseinsberechtigung mehr.

Auf den militärischen Einsatz von Atomenergie zu verzichten, heißt für das freie Europa, endgültig sein Schicksal einer zwar befreundeten, aber weit entfernten und mit zahlreichen anderen Problemen beschäftigten Nation zu überlassen; es hieße, sein Schicksal blind einem Volk anzuvertrauen, das nicht mit Leib und Seele der europäischen Debatte verschrieben ist, dessen Klarsicht nicht immer ungetrübt und dessen Urteilskraft in wenigen Jahren wahrscheinlich durch den hemmungslosen Wunsch verzerrt wird, um jeden Preis die schreckliche Bedrohung durch Atombomben auf seinem Boden zu verhindern.

Der Vertrauensakt, zu dem Monnet uns auffordert, wäre nur unter der Bedingung zu rechtfertigen, das Postulat einer amerikanischen Übermacht anzuerkennen, die in der Lage ist, eine ewig währende Unverwundbarkeit ihres Staatsgebietes zu gewährleisten. Leider machen die wissenschaftlichen Fortschritte

der UdSSR eine solche Aussage unmöglich. Sollten die sechs betroffenen Länder unter diesen Bedingungen den ihnen aufgezeigten Weg einschlagen, ist zu erwarten, dass von ihrer Seite Bedauern und Zurückhaltung laut werden, sobald der Glaube an die amerikanische Überlegenheit nachlässt. Es ist andererseits wahrscheinlich, dass dieses Zögern besonders in dem Staat zu spüren sein wird, der dem kommunistischen Druck am meisten ausgesetzt ist: der Bundesrepublik Deutschland.

Die Führung dieses Staates kann das Schicksal der zwei Millionen Bürger Westberlins nicht gleichgültig hinnehmen, noch das Verteidigungssystem aus den Augen verlieren, das die Aufrechthaltung dieses Vorpostens der freien Welt gewährleistet, denn der geringste Fehler würde angesichts seiner Verwundbarkeit ein unausweichliches und schnelles Todesurteil bedeuten.

An dem Tag, an dem die Garantie, die der Atlantikpakt den Deutschen bietet, ihnen nicht mehr vollkommen erscheint, werden sie sich gezwungen sehen, entweder das Lager zu wechseln oder aber offiziell oder heimlich ihre Entscheidung zu revidieren, auf die Herstellung von Atomwaffen zu verzichten.

Welche Lösung auch immer angenommen wird, ihre Folgen werden sehr wahrscheinlich dem europäischen Zusammenhalt einen Schlag versetzen, von dem sich Europa nicht erholen wird. Wenn man vermeiden will, sich der schmerzhaften Alternative gegenüber zu sehen, entweder infolge seiner zu schwachen Verteidigung dem Willen der kommunistischen Herrschaft nachgeben zu müssen oder einer unkontrollierten Wiederaufrüstung Deutschlands beizuwohnen, bleibt nur ein einziger Weg: die Atomwaffe.

Es erscheint nicht unmöglich, in dieser Hinsicht von den sechs betroffenen Ländern die Aufgabe jener Hoheitsrechte zu fordern, die notwendig sind, um die Herstellung und Anwendung der Waffen mittels Abkommen zu regeln. Diese Abkommen würden die Einhaltung der Deutschland auferlegten Beschränkungsklausel durch die Verträge von Paris sicherstellen und dabei gleichzeitig den Sicherheitsanforderungen dieses Landes nachkommen, das unbestritten am direktesten betroffen ist.